

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz
Gemeindeverbands-Konto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Mark, für Selbstabholer 80 Gold-Mark. Einz. Nummer 10 Gold-Mark. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Porschtzdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele — Verantwortlich: R. Mohrlapper

Anzeigenpreis (in Goldmark): die 7 gespaltene 35 mm breite Beitzelle 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt

Nr. 216

Bad Schandau, Montag, den 15. September 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Der entscheidende Kabinettsrat in Berlin über die breitenden Fragen, Kriegsschuldnote und Völkerbund, soll sofort nach dem angefangenen Eintreffen des Reichskanzlers in Berlin beginnen.

* Reichskanzler Dr. Marx, der seinen Urlaub in Sigmaringen verbrachte, hatte eine Besprechung mit dem in Freiburg verweilenden Reichspräsidenten.

* Die Wirren in China haben zur Wahl eines neuen Premierministers in Peking geführt. Peking ist in Verteilungszustand gesetzt worden.

Überwundene Regierungskrisis?

Zwei Erklärungen über Kriegsschuldfrage und Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, die beide auf den Reichsaussenminister Dr. Stresemann zurückgeführt werden, haben zum Wochenschluss großes Aufsehen und Gerüchte von einer bestehenden oder überwundenen Regierungskrisis wachgerufen. Es wurde uns dazu geschrieben:

Eine Woche ist es her, seit Macdonald und Herriot ihre Reden auf der Völkerbundtagung hielten, wobei die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eine sehr erhebliche Rolle spielte; mehr denn zwei Wochen sind vergangen, als die Reichsregierung am Tage, nachdem die Dawes-Gesetze angenommen waren, offiziell mitteilte, sie werde der Entente gegenüber den § 231 des Versailler Vertrages, der Deutschland und seine Verbündeten beschuldigt, den Krieg verursacht zu haben, in einer Note als unrichtig darstellen. Sie könne ihn deshalb nicht mehr anerkennen. Seitdem ist nun ein erbitterter Zeitungskrieg über die Zweckmäßigkeit und Unzweckmäßigkeit beider Maßnahmen entstanden, der um so turbulent war, weil man eine klare Stellungnahme der Regierung nicht erkennen konnte. Die Rechte, Deutsche Volkspartei einschließt, war für die Absendung der Kriegsschuldnote und Zurückhaltung in der Völkerbundfrage, die Linke unbedingt gegen die Notifizierung und für den sofortigen Eintritt, während sich das Zentrum, dem ja auch der Reichskanzler angehört, zurückhielt.

Nun gab der nach Berlin zurückgekehrte Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einem engeren Pressekreise eine sozusagen offiziöse Erklärung ab, welche die Stellung beider entscheidenden Persönlichkeiten im Reichskabinettsrat, Dr. Marx und Dr. Stresemann, umreißen sollte. Dr. Marx war zur Zeit der Erklärung noch nicht in Berlin, sondern weilte in Süddeutschland, wo er eine Zusammenkunft mit dem ebenfalls in Urlaub befindlichen Reichspräsidenten hatte.

Zunächst räumt die Erklärung Dr. Stresemanns mit der Ansicht auf, daß die Kriegsschuldnote eine Konzeption an die Deutschenationalen für deren Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen sei, eine Ansicht, die überall in Deutschland verbreitet und begierig von der französischen Presse aufgegriffen wurde, deren Ausführungen dann wieder als Argumente gegen die Notifizierung aufgegriffen wurden. Ein wenig erfreuliches Ballspiel. Vielmehr sollte nach dem Schriftstück der deutsche Protest gegen den Artikel 231 schon in London erfolgen auf Anregungen aus dem Reichsrat hin. Aus rein äußeren Gründen sei man aber in London nicht mehr dazu gekommen, habe aber die Erklärung formuliert und sie bei der nächsten entsprechenden Gelegenheit, nämlich der Verabschiedung der Dawes-Gesetze im Reichstag, herausgebracht. Das Verlangen der Deutschenationalen sei nicht die Ursache, sondern eine Parallellation gewesen, ebenso die bekannten Forderungen dieser Partei nach Beschleunigung der Räumungsfrist und Nichtinhaltung des Londoner Paktes bei Verzug der Gegenverpflichtungen auf der Entente Seite. Auch das ist von der Regierung beifällig akzeptiert und dadurch sind 48 Deutschenationalen zum Ja-Sagen veranlaßt worden.

Nun sei Dr. Stresemann für die sofortige Notifizierung gewesen; statt dessen mußte man aus technischen Gründen dazu greifen, Herriot und Macdonald durch vertrauliche Briefe des Reichskanzlers über den geplanten Schritt zu unterrichten, mit dem Erfolg, daß in Paris diese Vertraulichkeit sofort gebrochen wurde. Wann nun die Notifizierung erfolgen werde, werde durch einen Kabinettsbeschluss entschieden werden; Dr. Stresemann sei aber der Ansicht, daß sie erfolgen müsse, solle nicht die deutsche Regierung sich um jede Autorität im In- und Ausland bringen.

Zu der Frage des Völkerbundes stellte sich der Außenminister auf den Standpunkt, daß Zurückhaltung das einzig richtige sei, ein deutscher Antrag um Aufnahme nicht in Frage komme, besonders deshalb, weil eine amtliche Anregung dazu von England oder Frankreich her nicht erfolgt sei trotz einiger deutscher Sondierungen. Beste Gelegenheiten für eine vertrauliche oder offene Erklärung seien auf der Gegenseite nicht ausgenutzt worden. Dr. Stresemann knüpfte an den Eintritt überhaupt zwei Voraussetzungen: die Erledigung der Kriegsschuldfrage im Sinne der Reichskanzlererklärung und die Anerkennung Deutschlands nicht nur

als „gleichberechtigte“ Macht, sondern als Großmacht, die einen Sitz im Völkerbundrat verlangen müsse. Überhaupt bringe ein Eintritt Deutschlands die ganze Frage des Völkerbundsstatuts ins Rollen; denn dies sei von den „Siegerstaaten“ geschaffen worden, macht inhaltlich und formell daher jede Gleichberechtigung Deutschlands unmöglich. Da diese beiden Voraussetzungen bisher nicht sichergestellt seien, müsse man in der Völkerbundfrage um so mehr zur Zurückhaltung übergehen, als erste vertrauliche Anfragen darüber auf Ablehnung gestoßen sind.

Diese aufsehenerregende Erklärung aus Regierungskreisen, die Dr. Stresemann anscheinend besonders nahe stehen und daher wohl seine eigentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen in der Lage sind, wird zweifellos zu einer erheblichen Verschärfung der inneren Auseinandersetzung führen, da mit der Erledigungsart dieser außenpolitischen Fragen, wie oben angedeutet, starke innerpolitische Gegensätze parallel laufen. Daher wird die Beschlußfassung des Kabinetts namentlich angesichts dieser überaus starken Festlegung der politischen Stellungnahme Dr. Stresemanns sehr bedeutungsvoll sein, um so mehr, als das Gefühl allseitig ist, daß die Regierung in der Behandlung all dieser Fragen eine nicht gerade geschickte Hand bewiesen hat. Schwanken ist immer falsch, gleichgültig ob im Krieg oder in der Politik. Die erste Folge der Stresemannschen Erklärung waren natürlich deutliche Andeutungen einer begonnenen Regierungskrisis.

Abschwächung oder Mißverständnis.

Die geschilderte Sachlage wurde nun noch verwickelter durch eine später in Berliner Blättern erscheinende sogenannte „authentische Auslegung“ der Stresemannschen Darlegungen, die angeblich von befreundeter Seite stammen soll, die mit Dr. Stresemanns Gedankengängen und Absichten vollkommen vertraut sein will. Die veröffentlichten Darlegungen seien teilweise in ihren diplomatischen Zweckabsichten nicht ganz klar erfasst, teilweise aber auch sehr unvollständig wiedergegeben worden. Was die Notifizierung der Kriegsschuld-Erklärung betrifft, so sehe zwar Dr. Stresemann auf dem Standpunkt, daß die angekündigte Notifizierung auch erfolgen müsse. Aber es sei durchaus irrtümlich, anzunehmen, daß er nun in dem Kabinettsrat am Montag die sofortige Absendung der Notifizierung fordern würde. Dr. Stresemann habe ja schon kundgetan, daß es ihm durchaus bewusst sei, wie wichtig die Wahl des richtigen Zeitpunktes für diesen Akt sei. Er verschleierte sich durchaus nicht den Erwägungen, die auf die Schädlichkeit einer sofortigen Aktion hinweisen, und denke vielmehr an einen gelegeneren Zeitpunkt im Zusammenhang mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorgängen, über die jetzt Näheres noch nicht gesagt werden kann. Die Reichsregierung habe sich prinzipiell, aber nicht zur sofortigen Absendung der Notifizierung verpflichtet.

Ebenso sei die Grundtendenz der Ausführungen zur Völkerbundfrage vollkommen mißverstanden worden. Dr. Stresemann denke zwar noch immer etwas skeptisch darüber, ob der Völkerbund all die hohen Ziele, die er sich stellt, auch wirklich erreichen wird. Aber er sei nicht weniger als ein Gegner eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund, und er verschleierte sich nicht im mindesten den großen Vorteilen, die Deutschland von einer aktiven Mitwirkung an aktuellen politischen Problemen, die demnächst im Völkerbund zur Verhandlung gelangen, haben könnte. Aber die Absendung eines deutschen Aufnahmegesuches nach Genf sei nach Dr. Stresemanns Ansicht unzweifelhaft an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft. Es darf erstens in Völkerbundkreisen kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Aufnahmearbeit Deutschland nicht die neuerliche Anerkennung des Versailler Schuldgesprächs bedeute. Und zweitens müsse Deutschland die Sicherheit haben, daß es nach Absendung des Aufnahmearbeites auch wirklich einen Sitz im Völkerbundrat erhält. Diese Sicherheit besteht aber nach Ansicht Dr. Stresemanns bis heute durchaus nicht. Die Hauptmächte hätten ja entsprechende, aber bestimmte Mitteilungen nach Berlin gelangen zu lassen. Auf diesem Satz habe der Schwerpunkt der Stresemannschen Ausführungen gelegen. Wenn auswärtige Blätter von einer entstandenen Regierungskrisis, von Gegensätzen im Kabinettsrat gesprochen hätten, so sei das hinfänglich. Man könne vielmehr mit Sicherheit behaupten, daß zwischen Dr. Stresemann und Dr. Marx volle Übereinstimmung herrsche, da Dr. Stresemann in den einzelnen Phasen der Vorgänge stets nur in vollem Einverständnis mit Dr. Marx vorgegangen sei.

Dr. Wiedersheim tritt noch nicht zurück.

Washington, 14. September. Der Eintritt des deutschen Vorschalters Dr. Wiedersheim, der für den 15. September angekündigt war, ist, wie von einer der Vorschalt naheliegender Seite mitgeteilt wird, auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Preisabbau der Reichsregierung.

Private und Gemeinden sollen nachsorgen.

(Fortsetzung und Schluß.)

Geringere Umsatzsteuer. Durch Verzögerung der Verabschiedung des Entwurfs eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer ist die in diesem Entwurf enthaltene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2 1/2 Prozent auf 2 Prozent hinausgeschoben worden. Deshalb wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab der Satz der Umsatzsteuer von 2 1/2 v. H. auf 2 v. H. herabgesetzt werden.

Durch diese Vorwegnahme der Herabsetzung der Umsatzsteuer wird der weiteren Verhandlung der Reichstage vorliegenden Zollvorlage nach ihrem gesamten Inhalte nicht vorgreiflich.

Gesellschafts- und Wertpapiersteuer. Von ähnlicher Bedeutung, wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer, ist die Frage einer Minderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern auf ein für eine stabile Wirtschaft tragbares Maß. Die durch den Übergang auf die Goldrechnung und zur Neuzuführung von Kapital erforderlichen Umwandlungen können nur dann vorgenommen werden, wenn die Sätze auf dem Gebiete der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden. Auch insoweit werden die Entungen zum 1. Oktober 1924 eintreten.

Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen bei ihrer Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten. Die Reichsregierung erwartet, daß die gesamte private Wirtschaft ihr auf dem Wege zur Senkung des Preisniveaus folgt und ebenso die öffentliche Wirtschaft, besonders die Gemeinden mit ihren Werkstätten.

Der Reichsfinanzminister über den Preisabbau.

Berlin, 14. September. Reichsfinanzminister Dr. Luther erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter eines Telegraphenbüros, daß er sich von den Preisabbaumaßnahmen „keine Wunderwirkungen“ verspreche. Der Abbau könne nur dann Nutzen stiften, wenn im ganzen öffentlichen Leben wieder der Grundgedanke der größten Sparsamkeit zur Geltung komme. Es müsse in der deutschen Wirtschaft wieder heißen: Großer Umsatz, kleiner Nutzen.

Versailler Vertrag und Oberschlesien.

Ein günstiger Schiedsspruch.

Der Artikel 260 des Versailler Vertrages gibt der Reparationskommission das Recht, zu fordern, daß Deutschland alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger in Rußland, China, Österreich, Ungarn, Bulgarien, in der Türkei oder in den von Deutschland abgetretenen Gebieten erwirbt und dann binnen sechs Monaten der Reparationskommission überträgt. Nach dem jetzt von dem bestellten norwegischen Schiedsrichter gefällten Spruch findet diese Bestimmung, was bisher bestritten war, auf die oberschlesischen Gebiete, die Deutschland an Polen abtreten mußte, keine Anwendung.

Ablehnung einer deutschen Ansiedlung.

Durch niederländisch-indische Behörden.

Der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, ein Bruder des holländischen Prinzgemahls, hatte sich an die Regierung von Niederländisch-Indien gewandt, ihm die Erlaubnis für die Errichtung einer deutschen Pflanzersolonie auf Neu-Guinea zu erteilen. Zur Führung der Verhandlungen war als Vertreter des Herzogs ein Bruder des vor kurzem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Helfferich nach Batavia gereist. Jetzt trifft die Nachricht ein, daß die Regierung von Niederländisch-Indien Herrn Helfferich endgültig mitgeteilt hat, daß die Konzeption für eine Pflanzersolonie auf Neu-Guinea nicht erteilt werden könne.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Deutsch-holländischer Vertrag.

Bei den im Haag geführten Verhandlungen über eine Ergänzung des Vertrages über Kredit und Steinkohlen unterzeichneten die Bevollmächtigten der holländischen und der deutschen Regierung einen gemeinschaftlichen Vertrag, worin die hauptsächlichsten Gesichtspunkte für ein künftiges ergänzendes Abkommen festgelegt sind.

Deutschland und Argentinien.

Zu Ehren des nach 14-jähriger Amtstätigkeit in Berlin von Deutschland scheidenden Gesandten der Argentinischen Republik Dr. Luis B. Molina fand in Berlin ein Abschiedessen statt. Reichsaussenminister Dr. Stresemann gab dabei in herzlichen Worten den freundschaftlichen Empfindungen Deutschlands für Argentinien Ausdruck. In den Zeiten der Not habe der scheidende Gesandte Deutschland den Überschuss Argentinien zur Verfügung gestellt. Diese moralische Anleihe werde ihm vom deutschen Volke in Jahrzehnten vergolten werden.